



FDP | 29.07.2014 - 08:30

Betreuungsgeld gehört eingestampft



Aus Sicht des FDP-Präsidiumsmitglieds Katja Suding bestätigt eine neue Studie des Deutschen Jugendinstituts und der Universität Dortmund zum Betreuungsgeld die Kritik der Liberalen. "Die Studie zeigt, dass das Betreuungsgeld falsche Anreize setzt und so verhindert, dass viele Kinder wichtige frühkindliche Bildungsangebote nutzen können", unterstrich Suding im Gespräch mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Für die Liberale ist klar: Das Betreuungsgeld muss weg.

"Das CSU-Prestigeprojekt Betreuungsgeld gehört eingestampft", verdeutlichte die FDP-Politikerin in der "Welt". Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) müsse deshalb dringend handeln und nicht länger lamentieren, verlangte Suding. Sie stellte klar: "Das Betreuungsgeld abzuschaffen, ist eine Frage der Chancengerechtigkeit." Die Christdemokraten müssten nun erkennen, dass sie die Bundespolitik nicht für ihre Interessen missbrauchen dürften. "Mit der Dobrindt-Maut liegt allerdings schon der nächste Versuch auf dem Tisch", kritisierte Suding.

Hintergrund

Seit August 2013 erhalten Eltern, die weder ihr Recht auf einen Kita-Platz noch das Angebot einer Tagesmutter in Anspruch nehmen, staatliche Geldzuschüsse von 100 Euro im Monat. Das Betreuungsgeld gilt vom 15. Lebensmonat bis zum dritten Lebensjahr des Kindes. Die neue Studie des Deutschen Jugendinstituts und der Universität Dortmund stellte allerdings fest, dass die Maßnahme vor allem sozial benachteiligte Familien dazu verlockt, staatliche Betreuungs- und Erziehungsangebote abzulehnen.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/betreuungsgeld-gehoert-eingestampft>